

Danziger Zeitung

No 17161

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ketterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-spaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Telegr. Nachrichten der Danziger Ztg.

Berlin, 8. Juli. Die Post von dem am 23. Mai von Sydney abgegangenen Reichs-Postdampfer „Hohenstaufen“ gelangt in Berlin am 10. d. früh zur Ausgabe.

Rom, 8. Juli. Der König ist heute früh hier eingetroffen.

Rom, 8. Juli. Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, ist Italien der Suez-Convention beigetreten.

Marzelle, 8. Juli. In dem heute hier veranstalteten Arbeiter-Meeting, das über die Maßregeln zur Bekämpfung der Beschäftigung ausländischer Arbeiter berathen sollte, kam es bei der Bildung des Bureau, wobei sich die sog. Nationalisten und die Socialisten gegenüberstanden, zu tumultuariösen Vorgängen und so argen Thätlichkeiten, daß die Polizei den Saal räumen mußte. Mehrere Personen wurden verwundet.

Bukarest, 8. Juli. Bacaresco ist zum Gesandten in Wien ernannt worden. Der bisherige Gesandte in Belgrad, Ghika, ist nach Athen und der diplomatische Agent, Generalconsul Belimano in Sofia, nach Belgrad versetzt; zum diplomatischen Agenten in Sofia wurde Djwara ernannt.

Sofia, 8. Juli. Die Delegirten der Regierung Tenev und Belshew sind gestern nach London abgereist, um eine endliche Regelung der Angelegenheit betreffend den Bau der Eisenbahn **Barna-Russchuk** herbeizuführen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 9. Juli.

Der Schlachtplan für die nächsten Landtagswahlen

wird immer durchsichtiger. Die öffentliche Verhandlung hat ganz klar gestellt — wir verdanken dies besonders einer offeneren Auseinandersetzung der freiconservativen „Post“, welche sich auch die Berliner „Nat.-Ztg.“ mit Genugthuung angeeignet hat — daß es sich bei dem Kampf innerhalb der Cartellkreise durchaus nicht in erster Linie um principielle Gegensätze, sondern um taktische Rücksichten handelt. Die äußerste Rechte soll einsteilen in den Hintergrund geschoben, nicht etwa ausgeschlossen werden, damit die „Gemäßigten“ mehr Anziehungskraft nach links entwickeln können. Das Cartell wird also stillschweigend in anderer Form aufs neue lebendig werden, vor allem, um die Freisinnigen zu bekämpfen. Gegen diese gilt nach wie vor die Hauptaction und besonders mit Rücksicht auf die in 1 1/2 Jahren bevorstehenden Reichstagswahlen, welchen man mit Sorgen entgegensteht. Deshalb wird auch wie auf Commando wieder einmal von national-liberalen, conservativen und freiconservativen Zeitungen das Märchen von dem freisinnig-ultramontanen Bündniß aufgewärmt. Diese große Lüge ist schon oft widerlegt. Wer hat die höheren Ziele, die ganze neuere Wirtschaftspolitik gemacht? Conservative, Centrum und ein Theil der National-liberalen im Bunde. Wer die Verschlechterungen der Gewerbebesetze? Centrum und Conservative. Wer steht im Vordergrund des Kampfes für die neue Socialpolitik? Conservative und Centrum — und neuerdings auch die National-liberalen. Unwahr ist es, daß freisinnige und Centrum dieselbe Haltung beim Schulgesetz hatten. Das Centrum war gegen dieses Gesetz, die Freisinnigen dagegen haben von vornherein für die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage gestimmt und gesprochen, nur verlangen sie die Aufnahme einer Bestimmung, welche einen Paragraphen der Verfassung ändert. Allerdings in Fragen des Verfassungsrechts, der Aufrechterhaltung der Volksrechte wird die freisinnige Partei auch in Zukunft mit jeder Partei zusammengehen, die diese Rechte wahrte. Gegen die fünfjährigen Legislaturperioden haben Freisinnige und Centrum gegen die Cartellparteien gestimmt, aber bei den anderen Errungenschaften, Brantweinsteuer, Zöllen etc., war von einem freisinnig-ultramontanen Bündniß nicht die Rede, da waren die Cartellparteien im Bunde mit dem Centrum!

Die Ansichten über die Bedeutung der Kaiserreise nach Petersburg

nahmen mit der Zeit an Mannigfaltigkeit zu, ohne dadurch an Klarheit und Bestimmtheit zu gewinnen. Während auf der einen Seite davor gewarnt wird, übertriebene Hoffnungen auf die Entree zu setzen, versteigen sich andere zu der inhaltschweren Behauptung, daß von dieser Kaiserreise die nächste Zukunft Europas abhängt. Auch die Officiösen der an der Entree zumißt und zunächst beteiligten Länder scheinen für diesen Fall mit entsprechenden Anweisungen nicht versehen worden zu sein; wenigstens lassen ihre beuglichen Aeußerungen wenig Uebereinstimmung erkennen und weisen vielmehr vielfache Widersprüche auf.

Nicht ohne Interesse ist in dieser Hinsicht eine neueste Aeußerung des russisch-officiösen „Nord“ in Brüssel, welche allerdings eine wesentliche Aenderung der österreichischen Politik in Bezug auf Bulgarien als das mutmaßliche Ergebnis der Kaiserbegegnung in Peterhof erhofft. Es wird darin ausgeführt, daß bei dieser Gelegenheit die deutsche Diplomatie davon überzeugt werden würde, daß es notwendig sei, daß Oesterreich seine bulgarische Politik ändere, mit einem Worte, der Zustand der Dinge, wie er vor dem Philippopler Staatsstreich bestand, wiederhergestellt werde. Auf der anderen Seite wird, wie um die Beklemmungen der österreichischen Diplomatie nicht überhand nehmen zu lassen, nach Wien gleichfalls officiös gemeldet,

daß eine ernstliche Aenderung der russischen Politik deshalb nicht wahrscheinlich sei, weil man die Verpflichtungen Deutschlands gegenüber Oesterreich voll zu würdigen wisse.

In Frankreich befestigt sich die pessimistische Stimmung immer mehr und hat zu dem bereits charakterisirten Vorschlage einer französisch-russischen Allianz geführt, der in Oesterreich keine ernstliche Beachtung findet, ob er gleich von einem angesehenen Blatte ausgeht. In Berlin dagegen beginnt man jetzt an die Kaiserreise Hoffnungen auf eine günstigere Gestaltung unseres handelspolitischen Verhältnisses zu dem östlichen Nachbarreiche zu knüpfen. Die Börse am Sonnabend war ganz von dem Gedanken beherrscht, daß als erste Frucht der Kaiserreise die Aufhebung des Verbots der Beilehung russischer Werthe durch die Reichsbank und die Geerdnung erfolgen werde. Diese Zuversicht kam in einem sehr umfangreichen Geschäft in russischen Noten und einer Courssteigerung von etwa drei Procent zum Ausdruck. Die Börse ist eben unvoersichtlich optimistisch und vergißt, daß an die letzte Anwesenheit des Zaren in Berlin sich die gleiche Hoffnung geknüpft hatte, die aber durch eine abermalige Steigerung der russischen Einfuhrzölle zu Schanden wurde.

Ob diese Kaiser-Entree unmitttelbar zu einem wirtschaftspolitisch günstigeren Verhältnis zwischen beiden Reichen führen wird, ist nicht ohne weiteres zu behaupten. Zufrieden könnten wir schon sein, wenn sie zunächst zu einer mildernden Handhabung des Fremdenzolls führte.

„Vornehme“ Kampfesweise.

Unsere Leser werden es begreiflich finden, wenn wir die Angriffe, welche der Abg. Schrader in den hochconservativen Zeitungen in diesen Wochen findet, nicht mit Stillschweigen hinnehmen. Herr Schrader ist der Reichstagsabgeordnete des Stabkreises Danzig, und die Wählerchaft unserer Stadt wird es erwarten, daß wir, soweit es an uns ist, die Angriffe der Gegner in dieser überaus traurigen und beschämenden Angelegenheit beleuchten.

Die „Kreuzzeitung“ entblödet sich nicht, in ihrer letzten, heute hier angekommenen Nummer nochmals zu erklären, daß der Abg. Schrader der „unstreitig Hauptbetheiligte“ bei den letzten Vorgängen während der Regierungszeit des verewigten Kaisers Friedrich gewesen. Es genügt ihr nicht, daß die Berliner „Liberale Correspondenz“ alle die aus der Luft gegriffenen Behauptungen des „Reichsboten“ und der „Kreuzzeitung“ für eine „böswillige Verdächtigung“ zu erklären ermächtigt war. Die „Kreuzzeitung“ fährt dann wörtlich fort: „Damit allein werden die gegen ihn gerichteten Angriffe ebenso wenig entkräftet, wie mit der Behauptung, daß der Beweis dem obliegt, der die Anschuldigung vorgebracht. Was im Rechtsleben gilt, nimmt sich auf dem politischen Gebiete oft ganz anders aus. Niemand wird so leicht glauben, daß derartige einfach aus der Luft gegriffen, „gänzlich“ erlundene sei — ja um einen verhältnißmäßig ungeschicklichen Mann zu treffen. „Was ist uns Hehuba?“ — d. h. in diesem Falle Herr Schrader? ... Trohdem wiederholen wir, daß bis jetzt nur von Gerüchten, noch nicht von feststehenden Thatsachen die Rede ist. Warum geht denn Herr Schrader nicht gegen diejenigen vor, die er als die Verbreiter dieser Gerüchte ansieht? Es ist ja möglich, daß sich bei dieser Gelegenheit herausstellt, daß er in der That verleumdet worden ist. — trotz der unter dieser Voraussetzung unverständlichen Aufregung, welche die gang allgemein gehaltene Bemerkung der „Reichsboten“ über „Handschristvergleich“ in der freisinnigen Presse hervorgerufen hat.

Die „Kreuzzeitung“ schließt ihren Artikel damit, daß sie „darauf dringe (!) daß Klarheit geschaffen werde“. Sie giebt zu, daß sie Herrn Schrader nicht besonders wohl wolle, aber sie möchte ihm auch nicht unrecht thun und deshalb wünsche sie volle Aufklärung.

Die „Kreuzzeitung“ ist bekanntlich das Hauptblatt unserer hochconservativen, vornehmen, aristokratischen Gesellschaft. Was sollen die einfachen, schlichten, bürgerlichen Leute im Lande wohl für Begriffe bekommen über die Art und Weise des im öffentlichen Leben zu beobachtenden Anstandes, wenn ein so „vornehmes“ Blatt eine solche Kampfesmanier entwickeln darf? Jergend eine Behauptung wird in ganz vager, unbestimmter Weise in die Oeffentlichkeit geschleudert unter Anspielung auf bestimmte Personen. Diese Behauptung wird durch ein autorisirtes Organ für eine „böswillige Verdächtigung“ erklärt. Trotzdem verlangen die Urheber und Verbreiter der Behauptung, als ob nichts geschehen wäre, Herr Schrader müßte noch den Beweis führen, daß er unbetheiligt sei. Wie soll er den Beweis führen? Wen soll er zum Zeugen anrufen? Die „Kreuzzeitung“ ist doch so beschränkt nicht, daß sie annehmen könnte, der Abgeordnete Schrader würde sich dazu verstehen, gegen den „Reichsboten“ und die „Kreuzzeitung“ den Staatsanwalt anrufen? Ganz abgesehen davon, daß es nicht nach dem Geschmach freisinniger Männer ist, gegen die Presse den Staatsanwalt anrufen — würden nicht die Herren, wie auch die „Kreuzzeitung“ schon in dem erwähnten Artikel erklärt, sich dahinter zurückziehen, daß sie ja garnicht bestimmte Thatsachen behauptet, sondern nur ganz im allgemeinen von gewissen Gerüchten gesprochen? Und trotz alledem „dringt“ das edle Organ auf Klarheit!

Diese Kampfesart richtet sich von selbst. Wir glauben, daß auch die Leser der hochconservativen Zeitungen eine Empfindung dafür haben werden, wie ihre Organe alle Regeln des politischen Anstandes bei dieser Gelegenheit verlegt haben. Es ist schon mitgeteilt worden, daß der Abg. Schrader, der allerdings in Folge seiner Thätigkeit bei den humanitären Anstalten

und Einrichtungen mit dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm persönliche Beziehungen hatte, ihn, seitdem derselbe aus San Remo als Kaiser nach Berlin gekommen, bis zu seinem Tode nicht gesehen und gesprochen hat. Verlangt die „Kreuzzeitung“ — auch die „Nat.-Ztg.“ hatte ja von dem Kaiser ausführlich Notiz genommen —, daß Herr Schrader das und ferner beschwören soll, daß er auch den Brief nicht entworfen, welchen der Kaiser Friedrich an Herrn v. Pulkamer gesandt hat?

Man müßte die Empfindung bekommen, als befände man sich in einem Narrenhause, wenn nicht die Bosheit und Heimtücke, die zwischen den Zeilen dieser Ergüsse in der „Kreuzzeitung“ etc. hervorsteht, auf die raffinierteste Ueberlegung hinwiese. Um das Maß der Verachtung, welche sich die „Kreuzzeitung“ mit einem solchen Gebahren zu zieht, braucht sich das „vornehme“ Blatt freilich nicht zu kümmern; denn dieses Maß ist schon längst übervoll.

Die Alters- und Invalidenversorgung.

Die Beschlüsse der Bundesrathsausschlüsse zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter, liegen, wie bereits vorgestern telegraphisch mitgeteilt wurde, nunmehr im Wortlaute vor. Wir theilen den Anfang des wichtigen, ziemlich umfangreichen Aktenstückes an anderer Stelle des Blattes mit; die Fortsetzung wird morgen folgen. — Die neue Fassung der Vorlage unterscheidet sich von dem ursprünglichen Entwurfe in folgenden wesentlichen Punkten:

Die Invalidenrente bleibt bei Männern auf jährlich 120 Mk., bei Frauen auf 80 Mk. festgesetzt. Nach der Vorlage sollte die Rente nach Ablauf der ersten 15 Beitragsjahre für jedes vollendete Beitragsjahr um je 4 Mk. jährlich bis zum Höchstbetrage von 250 Mk. steigen. Nach den Ausschlußbeschlüssen tritt die Steigerung sofort nach Ablauf der Wartezeit ein und beträgt die Steigerung während der ersten 15 Jahre je 2 Mk., in den folgenden 20 Jahren 3 Mk., von da ab 4 Mk. jährlich. Der Höchstbetrag von 250 Mk. wird demnach nach den Ausschlußanträgen in 45 Beitragsjahren erreicht, während nach der Vorlage 48 Beitragsjahre nothwendig waren. Der Höchstbetrag der Rente würde demnach bei Personen, welche mit dem Beginn des 19. Lebensjahres in eine die Versicherungspflicht begründende Beschäftigung eingetreten sind, nach Ablauf von 63 (statt 66) Lebensjahren erreicht werden. Bezüglich der Altersrente, welche mit dem Beginn des 71. Lebensjahres in Höhe von 120 Mark gewährt wird, bleibt es bei den Bestimmungen der Vorlage. Die wesentlichste Aenderung haben die Bestimmungen über die Organisation der Versicherung erfahren. Nach § 27 erfolgt dieselbe durch Versicherungsanstalten, welche nach Bestimmungen der Landesregierungen für weitere Communalverbände ihres Gebiets oder für das Gebiet des Bundesstaats errichtet werden. Auch kann für mehrere Bundesstaaten oder Gebietsheile derselben, sowie für mehrere weitere Communalverbände ihres Gebiets oder für das Gebiet mehrerer Communalverbände eines Bundesstaats eine gemeinsame Versicherungsanstalt errichtet werden. Nach der Vorlage sollte bekanntlich die Versicherung durch die zur Durchführung der Unfallversicherung errichteten Berufsgenossenschaften erfolgen.

Königin Natalie und ihr Sohn.

Vom rein menschlichen Standpunkte aus wird man der Königin Natalie ein tiefes Bedauern nicht vorenthalten können. Sie steht im Begriff, von ihrem einzigen Kinde getrennt zu werden, welches der König Milan zurückfordert und zu fordern ein Recht hat. Der König ließ seinen Sohn, den am 14. August 1876 geborenen Kronprinzen Alexander, so lange unter Aufsicht seiner Mutter, als diese seine Gemahlin war. In dem Momente, wo der serbische Herrscher seiner Absicht, sich von der Königin zu scheiden, in einem der Belgrader Synode übermittelten Schreiben thatsächlichen Ausdruck gegeben, ermußte die aus höheren Staatsgründen entsprungene Nothwendigkeit, den Thronerben von der Seite der Mutter zu trennen und ihm im Lande die fernere Erziehung zu gewähren. Sicherem Vernehmen nach macht die Königin Natalie noch Schwierigkeiten und weigert sich, ihr einziges Kind ziehen zu lassen. Die Rechte des königlichen Vaters sind aber so fest begründet, daß es keinem Zweifel unterliegt, daß die Königin denselben auch dann Rechnung tragen werde, wenn sie aus freien Stücken dies nicht thun möchte. Natürlich muß, falls der Scheidungsprozeß weiter geführt wird, der von der kirchlichen Gesetzgebung vorgeschriebene Weg eingeschlagen und daher die Gemahlin des Königs zur Abgabe einer Gegenerklärung aufgefordert werden, was auch in den nächsten Tagen geschehen dürfte. Indessen darf hinzugefügt werden, daß von dem Inhalte dieser Gegenerklärung der Ausgang dieses Scheidungs-Prozesses nicht abhängt.

Die Sendung des serbischen Kriegsministers Protic zur Königin nach Wiesbaden soll den Zweck haben, den Kronprinzen abzuholen und nach Belgrad zu geleiten. Einem der „Post“ aus Wien gemeldeten Gerüchte zufolge soll sich die Königin unter den Schutz des russischen Consulats gestellt haben. Ob an dem Gerüchte etwas Wahres ist, ist nicht festzustellen; der in Wiesbaden erscheinende „Rheinische Courier“ weiß jedenfalls nichts davon. Doch taucht auch von anderer Seite die Nachricht auf, daß die Königin russische Hilfe anrufe; so meldet die „Post“ Ztg.“ aus Petersburg: In Angelegenheiten der Königin von Serbien empfing angeblich die Großfürstin Katharina die Gemahlin des serbischen Gesandten. Dieselbe übermittelte der

Großfürstin die Bitte der Königin Natalie, für sie beim Zaren intercediren zu wollen.

Ueber die politischen Gesinnungen der Königin Natalie erhält das „D. Montagsbl.“ von einer „guten Seite“ folgende Mittheilung: Der 90. Geburtstag Kaiser Wilhelms I. wurde bekanntlich nicht allein in Deutschland, sondern auch in anderen Staaten mit besonderer Feierlichkeit begangen. König Milan wollte seiner Verehrung für den großen Heldenkaiser in der solennesten Form Ausdruck geben und erschien plötzlich in Gala auf der deutschen Gesandtschaft in Belgrad, um seine Glückwünsche darzubringen: ein Vorgang, den übrigens damals auch mehrere Souveräne viel größerer Staaten als Serbien beobachteten. Als König Milan von der Gratulation zurückkehrte, sprach sich Königin Natalie in Gegenwart mehrerer Persönlichkeiten höchst abfällig über „solchen Serwilismus“ aus, wobei sie auch geäußert haben soll, „in den Adern des Königs von Serbien müsse Dornstachelnblut rollen“.

Es muß natürlich auch bei dieser Angabe, wie bei so manchen anderen Mittheilungen über diese pikante Ehescheidungsaffäre dahingestellt bleiben, ob sie in allen Punkten zutreffend ist. — Der formelle Vollzug der Scheidung wird erst im September oder Oktober erwartet.

Die Vormundschaftsfrage in Holland.

Morgen wird die zweite Kammer zusammentreten, um noch in dieser Session die nothwendigsten Angelegenheiten zu erledigen. Nun ist auch die erste Kammer auf den 16. Juli einberufen, um in gemeinschaftlicher Sitzung mit der zweiten Kammer die Vormundschaftsfrage endgiltig zu ordnen. Durch die neue Verfassung ist bereits bestimmt, daß beim Ableben des Königs die junge Prinzessin Wilhelmina den Thron bestiegen soll, allein die Anordnung über die Vormundschaft, im Falle daß die Prinzessin bei der Thronfolge noch nicht mündig ist, wurde einem besonderen Gesetze überlassen. In Rücksicht auf das hohe Alter und die unsichere Gesundheit des Königs wünscht jetzt das Ministerium auch die Vormundschaftsfrage endgiltig zu ordnen, und es hat daher einen der Verfassung entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht, damit auch diese Angelegenheit noch vor dem Abschluß der diesjährigen Kammer-session erledigt werde. Die genauen Bestimmungen dieses Entwurfes sind zwar noch nicht zur öffentlichen Kenntniß gebracht, allein die Ungewißheit in dieser Hinsicht bezieht sich nur auf die Frage, welche Personen außer der Königin zur Ausübung der Vormundschaft berufen werden sollen. Es gilt bereits als ausgemacht, daß die Vormundschaft der Königin Emma übertragen werden wird, allein der Verfassung gemäß müssen auch einige angesehenen Niederländer sich an der Vormundschaft beteiligen. Diese Bestimmungen genau festzustellen und die Mitglieder eines eventuellen Vormundschaftsrathes zu bezeichnen, ist der Zweck des angekündigten Gesetzentwurfes, welcher der Verfassung zufolge nur in einer gemeinschaftlichen Sitzung der beiden Kammern zur Erörterung gebracht werden darf.

Entwurf eines Gesetzes

betreffend die

Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter.

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

I. Umfang und Gegenstand der Versicherung.

Umfang.

§ 1. Gegen die Erwerbsunfähigkeit, welche in Folge von Alter, Krankheit oder von nicht durch reichsgesetzliche Unfallversicherung gedeckten Unfällen eintritt, werden von vollendeten sechzehnten Lebensjahre ab nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen versichert:

a. Personen, welche als Arbeiter, Gehilfen, Gefellen, Lehrlinge oder Dienstboten gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden;

b. Betriebsbeamte, sowie Handlungsgehilfen und Lehrlinge (einschließlich der in Apotheken beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge), welche Lohn oder Gehalt beziehen, deren regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt aber 2000 Mk. nicht übersteigt, sowie

c. die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen der Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge (§ 2 des Gesetzes vom 13. Juli 1887, Reichs-Gesetzbl. S. 329) und Flussschiffe. Die Führung der Reichsflagge auf Grund der gemäß Artikel I. § 7 Absatz 1 des Gesetzes vom 15. März 1888 (Reichs-Gesetzbl. S. 71) ertheilten Ermächtigung macht das Schiff nicht zu einem deutschen Seefahrzeuge im Sinne dieses Gesetzes.

Personen, welche berufsmäßig einzelne persönliche Dienstleistungen bei wechselnden Arbeitgebern übernehmen, gelten nicht als Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes.

Durch Beschluß des Bundesraths kann die Bestimmung des Absatzes 1 auch auf die im Absatz 2 bezeichneten Personen, auf Betriebsunternehmer, welche nicht regelmäßig wenigstens einen Lohnarbeiter beschäftigen, sowie ohne Rücksicht auf die Zahl der von ihnen beschäftigten Lohnarbeiter auf solche selbständige Gewerbetreibende erstreckt werden, welche in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibenden mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden (Hausgewerbetreibenden), und zwar auf letztere auch dann, wenn sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen, und auch für die Zeit, während welcher sie vorübergehend für eigene Rechnung arbeiten.

Durch Beschluß des Bundesraths kann ferner bestimmt werden, daß und inwiefern diejenigen, für welche die im Absatz 2 bezeichneten Personen Dienste verrichten, sowie Gewerbetreibende, in deren Auftrage und für deren Rechnung von Hausgewerbetreibenden (Abs. 3) gearbeitet wird, gehalten sein sollen, rücksichtlich dieser Personen, beziehungsweise der Hausgewerbetreibenden

Gonntag Abend 11 Uhr... David Braun am 21. August 1888

Bekanntmachung... am 21. August 1888

Zwangsvollstreckung... am 21. August 1888

Bekanntmachung... am 21. August 1888

Zwangsvollstreckung... am 10. September 1888

Bekanntmachung... am 11. September 1888

Concursverfahren... den 25. Juli 1888

Bekanntmachung... den 25. Juli 1888

Concursverfahren... den 21. Septbr. 1888

Bekanntmachung... den 21. Septbr. 1888

Concursverfahren... den 21. Septbr. 1888

Bekanntmachung... den 21. Septbr. 1888

Concursverfahren... den 21. Septbr. 1888

Bekanntmachung... den 21. Septbr. 1888

WIESBADEN Sommer-cur. Winter-cur. 28 Badehäuser mit ca. 900 Bade-Cabinetten...

Zweite Weseler Kirchbau-Geld-Verloosung... am 21. August 1888

Paul Borchard, 80 Langgasse 80, Ecke der Wollwebergasse...

Jedes 2. Loos gewinnt in der Rgl. Preuß. Staats-Lotterie... am 21. August 1888

Preussische Original-Lose... am 21. August 1888

Für Giotternde... am 21. August 1888

Mehrere Baupläze... am 21. August 1888

Hotel-Verkauf!... am 21. August 1888

Bekanntmachung... am 21. August 1888

Für Giotternde... am 21. August 1888

Mehrere Baupläze... am 21. August 1888

Hotel-Verkauf!... am 21. August 1888

Bekanntmachung... am 21. August 1888

Für Giotternde... am 21. August 1888

Mehrere Baupläze... am 21. August 1888

Hotel-Verkauf!... am 21. August 1888

Bekanntmachung... am 21. August 1888

Für Giotternde... am 21. August 1888

Mehrere Baupläze... am 21. August 1888

Hotel-Verkauf!... am 21. August 1888

Bekanntmachung... am 21. August 1888

Für Giotternde... am 21. August 1888

Mehrere Baupläze... am 21. August 1888

Hotel-Verkauf!... am 21. August 1888

Bekanntmachung... am 21. August 1888

Für Giotternde... am 21. August 1888

Mehrere Baupläze... am 21. August 1888

Hotel-Verkauf!... am 21. August 1888

Bekanntmachung... am 21. August 1888

Für Giotternde... am 21. August 1888

Mehrere Baupläze... am 21. August 1888

Hotel-Verkauf!... am 21. August 1888

Bekanntmachung... am 21. August 1888

Für Giotternde... am 21. August 1888

Mehrere Baupläze... am 21. August 1888

Hotel-Verkauf!... am 21. August 1888

Bekanntmachung... am 21. August 1888

Für Giotternde... am 21. August 1888

Mehrere Baupläze... am 21. August 1888

Hotel-Verkauf!... am 21. August 1888